

Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1033
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 02.10.2023

Niederschrift

der 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, dem 11.09.2023,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:04 - 23:50 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Joachim Grußdorf Stadtverordnetenvorsteher
Herr Dr. Moritz Florian Jäger
Frau Christiane Janetzky-Klein
Herr Martin Klußmann
Herr Martin Kirsch
Herr Fabian Mirolid-Stroh
Frau Edith Nürnberger
Herr Stergios Svolos
Frau Dr. Bettina Speiser
Frau Vera Strobel
Herr Reza Veissi
Frau Dr. A. Wasmus-Arnold
Frau Lea Ruth Weinel-Greilich
Frau Jana Widdig
Herr Michel Zörb

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Frederik Bouffier
Herr Volker Bouffier
Frau Anja Verena Helmchen
Herr Klaus Peter Möller
Herr Michael Oswald
Herr Thiemo Roth
Frau Kathrin Schmidt
Herr Markus Schmidt
Herr Randy Uelman
Frau Christine Wagener

(bis 21:55 Uhr)

Herr Carsten Zörb

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Katarzyna Bandurka
Frau Marianne Beukemann
Herr Michael Borke
Frau Nina Heidt-Sommer
Frau Eva Janzen
Herr Kamyar Mansoori
Frau Stefanie Kraft
Herr Christopher Nübel
Herr Zeynal Sahin
Herr Frank Walter Schmidt

(ab 20:54 Uhr)

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Herr Ali Al-Dailami
Herr Stefan Klaus Häbich
Frau Cornelia Mim
Frau Melanie Tepe

Stadtverordnete der Gigg+Volt-Fraktion:

Herr Lutz Hiestermann
Herr Finn Becker
Herr Johannes Rippl
Herr Frank Schuchard

Stadtverordnete der AfD-Fraktion:

Herr Thomas Biemer
Herr Yassine Tamir
Frau Sandra Weegels

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dominik Erb
Frau Manuela Giorgis
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Günter Helmchen
Frau Pia Mauthe

(bis 19:20 Uhr)

Stadtverordnete Die Partei:

Frau Andrea Junge
Herr Darwin Walter

Stadtverordnete:

Frau Martina Lennartz

Vom Magistrat:

Herr Frank-Tilo Becher	Oberbürgermeister
Herr Alexander Wright	Bürgermeister
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Stadträtin
Herr Francesco Arman	Stadtrat
Herr Heiner Geißler	Stadtrat
Frau Monika Heep	Stadträtin
Frau Lara Herrlich	Stadträtin
Herr Andreas Schaper	Stadtrat
Frau Leonie Schikora	Stadträtin
Herr Michael Uwe Seibert	Stadtrat
Frau Annabel Spencer	Stadträtin

Von der Verwaltung:

Herr Michael Bassemir	Dez. II
Herr Dirk Drebes	Stellv. Amtsleiter Ordnungsamt
Herr Holger Hedrich	Ordnungsamt, Abt.-Leiter Straßenverkehrsabteilung
Herrn Robert Pelich	Stellv. Leiter Tiefbauamt
Herr Peter Ravizza	Amtsleiter Tiefbauamt
Herr Alexander Steiß	Amtsleiter Ordnungsamt

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Steffen Bieber-Diegel	Büroleiter, Schriftführer
Frau Simone Benz	Stellv. Schriftführerin

Gäste/Sachverständige:

Herrn Tobias Reinhardt	Rechtsanwalt, bbh Berlin
Herr Jens Rügenapp	Planungsbüro

Entschuldigt:

Herr Walter Bien	Fraktion Gigg+Volt
Herr Klaus-Dieter Grothe	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Konstantin Pfeffer	CDU-Fraktion
Herr Andreas Lenzer	FW-Fraktion
Frau Dorothé Küster	Stadträtin
Herr Dr. Markus Labasch	Stadtrat
Herr Martin Schlicksupp	Stadtrat

Stadtverordnetenvorsteher Grußdorf eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Hiestermann stellt den Dringlichkeitsantrag „*Moratorium (Verkehrsversuch)*“ und begründet kurz die Dringlichkeit.

Stv. Hiestermann stellt einen weiteren Dringlichkeitsantrag „*Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zum Thema Verkehrsversuch ‚Anlagenring‘*“ und begründet die Dringlichkeit.

Auf Antrag von **Stv. Strobel**, Bündnis 90/Die Grünen, erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten.

Stv. Erb, FDP-Fraktion spricht gegen die Dringlichkeit des Antrages „*Moratorium (Verkehrsversuch)*“.

Abstimmungsergebnis:

Ja: GR, SPD, LINKE, Gigg+Volt, Partei, Lennartz; Nein: CDU, AfD, FDP, FW

Der Dringlichkeit wird somit **nicht stattgegeben**, da die erforderliche Mehrheit von zwei Drittel der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nicht erreicht wird.

Stv. Strobel, Bündnis 90/Die Grünen, spricht gegen die Dringlichkeit des Antrages „*Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zum Thema Verkehrsversuch ‚Anlagenring‘*“

Abstimmungsergebnis:

Ja: Gigg+Volt, Partei, Lennartz; Nein: GR, SPD, LINKE, CDU, AfD, FDP, FW

Der Dringlichkeit wird somit **nicht stattgegeben**, da die erforderliche Mehrheit von zwei Drittel der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nicht erreicht wird.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form einvernehmlich festgestellt.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Einführung und Verpflichtung eines nachrückenden ehrenamtlichen Magistratsmitgliedes durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (§ 46 HGO)
- 1.1. Aushändigung der Ernennungsurkunde an das nachrückende ehrenamtliche Magistratsmitglied durch den Oberbürgermeister

2. Umgang mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichts zum Verkehrsversuch am Anlagenring und Unterrichtung durch den Magistrat – insbesondere: Rückbau und Kosten
- 2.1. Unterrichtung durch und Anfragen an den Magistrat
- 2.2. Aussprache zur Unterrichtung durch den Magistrat
3. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. **Einführung und Verpflichtung eines nachrückenden ehrenamtlichen Magistratsmitgliedes durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (§ 46 HGO)**
-

Auf Antrag von **Stv. Dr. Greilich** werden die Ausführungen von Stadtverordnetenvorsteher Grußdorf zum Nachrückerverfahren wörtlich protokolliert.

Stadtverordnetenvorsteher Grußdorf: „Herr Stadtrat Francesco Arman ist mit Ablauf des 01.09.2023 aus dem ehrenamtlichen Magistrat ausgeschieden. Es war daher aus dem Wahlvorschlag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Gießener LINKE ein Nachrücker/eine Nachrückerin zu bestimmen. Gem. § 55 Abs. 4 der HGO haben die noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlags, eine andere Reihenfolge beschlossen. Danach rückt Frau Astrid Eibelshäuser in den ehrenamtlichen Magistrat nach.“

Stadtverordnetenvorsteher Grußdorf führt **Frau Astrid Eibelshäuser** in ihr Amt ein und verpflichtet sie durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben.

- 1.1. **Aushändigung der Ernennungsurkunde an das nachrückende ehrenamtliche Magistratsmitglied durch den Oberbürgermeister**
-

Oberbürgermeister Becher händigt **Stadträtin Eibelshäuser** die Ernennungsurkunde aus.

2. **Umgang mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichts zum Verkehrsversuch am Anlagenring und Unterrichtung durch den Magistrat – insbesondere: Rückbau und Kosten**

2.1. Unterrichtung durch und Anfragen an den Magistrat

Bürgermeister Wright macht zu Beginn Ausführungen zum Verfahren. Die im Vorfeld durch die Fraktionen eingereichten Fragen, die in der heutigen Sitzung nicht beantwortet werden können, werden schriftlich beantwortet. Man werde alle Fragen, thematisch geordnet, in einem Fragenkatalog schriftlich beantworten. *(Der Fragenkatalog und die Aufstellung der Kosten ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)*

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten F. Bouffier, Hiestermann, A. Helmchen, Erb, M. Zörb, Roth, Nübel, G. Helmchen, Möller, K. Schmidt und Rippl.

Fragen der Stadtverordneten werden von Bürgermeister Wright, Oberbürgermeister Becher, Herrn Steiß, Herrn Hedrich, Herrn Reinhardt, Herrn Ravizza, Herrn Pelich beantwortet.

Die folgenden Ausführungen werden auf Antrag der Stadtverordneten Erb, Nübel und F. Bouffier wörtlich protokolliert:

Stv. Erb, FDP-Fraktion: *„Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Stellungnahmen keine wichtigen Verwaltungsangelegenheiten waren und deshalb der STV-Versammlung nicht zur Kenntnis gegeben wurde. Ich hatte aber auch gefragt ob der Magistrat als Kollegialorgan darüber in Kenntnis gesetzt wurde.“*

Bürgermeister Wright: *„Vielleicht zunächst einmal Punkt 1 wir hatten die straßenverkehrsrechtliche Anordnung im Magistrat hier als Thema und gar nicht die Stellungnahmen aus diesem Anhörungsverfahren. Also es ist ja, vielleicht auch um das mal vom Verkehrsversuch wegzunehmen, wenn wir - ein Beispiel August-Balser-Weg, die Sperre dort vor der Messe. Das geht dann eben auch zur Polizei. Wir haben über 1500 Anordnungen jährlich die in der Straßenverkehrsbehörde durchgehen. Das ist normales Verwaltungshandeln.“*

Stv. Erb, FDP-Fraktion: *„Herr Wright, welche Magistratsmitglieder wurden über die Stellungnahmen informiert?“*

Bürgermeister Wright: *„Das zuständige Magistratsmitglied und das bin ich.“*

Stv. Nübel, SPD-Fraktion: *„Herr Bürgermeister Wright, habe ich das gerade richtig verstanden, dass es einen konstruktiven Austausch mit der Polizei gab im Rahmen der Anordnung des Verkehrsversuchs und dann auf einmal eine Stellungnahme ins Haus kam, die so ist wie sie nun einmal ist. Habe ich das richtig verstanden, dass das bisher auf der Sachbearbeiter-Ebene stattgefunden hat und diese Stellungnahme unterzeichnet ist vom Polizeipräsidenten?“*

Bürgermeister Wright: „Zum ersten Punkt ich habe das als konstruktiv erfahren, weil ich mit bei diesen Gesprächen dabei gewesen war, wo die Polizei mit eingebunden war, also die Sachbearbeiter. Von daher war nicht nur Sachbearbeitung mit eingebunden. Wobei mir ging es nicht nur um die Beratung, sondern mir war es wichtig zu erfahren, wie sehen die das, wie gehen die damit um. Deshalb soll Herr Hedrich noch einmal etwas dazu sagen und auch dazu, ob es normal ist, dass der Polizeipräsident solche Stellungnahmen unterzeichnet und wie oft das schon passiert ist.“

Stv. F. Bouffier, CDU-Fraktion: „Ich habe das richtig verstanden Herr Wright, dass außer Ihnen kein anderes Magistratsmitglied Kenntnis von den beiden Stellungnahmen Kenntnis erlangt hat?“

Bürgermeister Wright: „Das ist in dem laufenden Verfahren, so wie das üblich ist, das in die Abwägung gegangen ist. Es sind Sachen aufgenommen worden, es sind Sachen nicht aufgenommen worden. Es wurde keine Rechtswidrigkeit festgestellt. Wäre diese festgestellt worden, wären wir natürlich auch in den Magistrat gegangen um entsprechend zu informieren. So viel dazu. Jetzt möchte ich noch die Frage von Herrn Nübel beantworten lassen von Herrn Hedrich.“

Herr Hedrich, Ordnungsamt: „Es gab seit Herbst vergangenen Jahres mehrere Gespräche auf der Sachbearbeitungsebene im Austausch mit der Verkehrspolizei. Es hat keinerlei Anhaltspunkte gegeben in diesen Gesprächen die eine solch negative Stellungnahme der Polizei haben erwarten lassen und mir ist keine anderes Verfahren erinnerlich, bei dem der Polizeipräsident die entsprechende Stellungnahme unterzeichnet hätte.“

Stv. F. Bouffier, CDU-Fraktion: „Habe ich das richtig verstanden, dass als die Stellungnahmen eingingen, es an kein anders Magistratsmitglied weitergegeben worden ist, keiner darüber informiert worden ist, dass das ausschließlich bei Ihnen, Herr Kollege Wright geblieben ist, niemand vom hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Magistrat darüber informiert wurde? Und wenn ja, warum ist das so, wenn es hier um das Prestigeprojekt dieser Koalition geht. Und wenn sie informiert wurden, wann wurden sie informiert. Und warum wurde, wenn der hauptamtliche Magistrat informiert worden ist, nicht auch der ehrenamtliche Magistrat informiert, als Kollegialorgan?“

Bürgermeister Wright: „Erst einmal halte ich noch einmal fest, der Verkehrsversuch wurde nicht in Gänze als Verkehrswidrig eingestuft, nicht vom RP und nicht von der Polizei. Anders als das vielleicht bei der Polizei gelaufen ist, habe ich das Verfahren in der Verwaltung so laufen lassen, wie es immer läuft. Das bedeutet, ich habe die Anordnung nicht unterschrieben, sie wurde von den zuständigen Sachbearbeitern bearbeitet und unterschrieben. Wenn die Anordnung fertig ist, bekomme ich die zur Kenntnis, weil die hat ja dann auch Gültigkeit und spätestens wenn das erste Schild hängt, wird man darauf angesprochen. So ist das Verfahren in dem Bezug und was auch noch passiert bei Anordnungen, damit nicht wieder jemand sagt ich werden falsch zitiert, die bekomme ich auch auf den Tisch wenn sie größere Wertigkeit haben und dann kann ich auch dazu sagen, ob ich die so in Ordnung finde oder nicht. Allerdings hat meine Stimme da überhaupt kein Gewicht, das hat einfach einen

informellen Charakter. Damit sie einfach wissen wie hier der Ablauf ist. Hier ist wirklich nur die Straßenverkehrsbehörde entsprechend verantwortlich, und es wird die Polizei angehört und er Baulastträger. Und so ist das bei allen Anordnungen hier auch. Ich möchte auch gar nicht, dass das jetzt hier irgendwie politisch wird, wie Vorgaben bei der Straßenverkehrsbehörde gemacht werden, wie etwas geschrieben wird, das passiert hier selbständig und deshalb war der Magistrat hier auch gar nicht informiert.“

Stv. Erb, FDP-Fraktion: „Vor diesem Hintergrund hätte ich eine Nachfrage an den Herrn Oberbürgermeister. Wann haben Sie denn von den Stellungnahmen erfahren?“

Oberbürgermeister Becher: „Wie alle, in der vergangenen Woche.“

Stv. F. Bouffier, CDU-Fraktion: „Habe ich das richtig verstanden Herr Oberbürgermeister, Sie haben letzte Woche von diesen Stellungnahmen erfahren?“

Oberbürgermeister Becher: „Ich habe sie letzte Woche zur Kenntnis bekommen. Sie waren ja schon Gesprächsgegenstand.“

Anmerkung der stellv. Schriftführerin: Oberbürgermeister Becher korrigiert seine Aussage nach der Sitzungspause:

Oberbürgermeister Becher: „Ich habe am 30.08.2023 um 12:26 die Stellungnahmen per E-Mail erhalten.“

2.2. Aussprache zur Unterrichtung durch den Magistrat

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten G. Helmchen, Weegels, Erb, Tepe, Hiestermann sowie Oberbürgermeister Becher.

Stellv. Stv. Vorsteherin Janzen übernimmt von Vorsitz von 22:58 – 23:03 Uhr.

3. Verschiedenes

Es wird nichts vorgebracht.

DER VORSITZENDE

DIE STELLV. SCHRIFTFÜHRERIN

(gez.) G r u ß d o r f

(gez.) B e n z